

## Umwälzungen in Energiebranche wirken sich auf Arbeitsplätze aus

Gewerkschaften fordern Schutz der Arbeitnehmenden

**Bern.** Mit den Umwälzungen in der Energiebranche dürften sich zahlreiche Jobs verändern – oder sie verschwinden ganz. Arbeitnehmende in der Branche müssen daher auf diese Veränderungen vorbereitet und geschützt werden, fordern Gewerkschaften.

«Im Bereich der Energie der Zukunft wird viel über Technisches gesprochen», sagte Denis Torche vom Arbeitnehmerverband Travail.Suisse gestern vor den Medien in Bern. Die Auswirkungen der Umwälzungen für Arbeitnehmende seien jedoch bislang kaum thematisiert worden. Dabei sind gemäss Travail.Suisse rund 75 000 Vollzeitbeschäftigte davon betroffen.

### Bildungsoffensive gefordert

Travail.Suisse, die Gewerkschaft Syna und der Verband der Personalvertretungen der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft (VPE) haben daher in einem Positionspapier Forderungen und Bedingungen für die bevorstehende Liberalisierung im Strommarkt festgehalten. Sie fordern eine Bildungsoffensive. «Die Arbeitsmarktfähigkeit der Mitarbeitenden muss erhalten bleiben», sagte Adrian Wüthrich, Präsident von Travail.Suisse. Schulungen sollen finanziell unterstützt werden. Im Stromversorgungsgesetz, das im Herbst in die Vernehmlassung geht, müsse zudem ein Aus- und Weiterbildungsartikel aufgenommen werden.

Ausserdem müssten die Arbeitsbedingungen gesichert werden. Zurzeit seien sie zwar noch gut, hielt Denis Torche fest. Die Umwälzungen führten jedoch zu einem verschärften Wettbewerb und zur Auslagerung von Arbeitsplätzen. Daher müssten die Sozialpartnerschaften weiter gestärkt werden. Ziel ist ein Gesamtarbeitsvertrag für die Branche.

Neben diesen Forderungen halten die Organisationen auch Bedingungen für die Liberalisierung fest. So müsse der Service public das Leitmotiv bleiben. Sprich, die Leistungen blieben für die ganze Bevölkerung bezahlbar, die Kosten dürften nicht steigen. «Es darf nicht passieren, dass Grossbezüger tiefere Preise bekommen und die Kleinen die Zeche bezahlen», sagte Wüthrich von Travail.Suisse. «Es braucht staatliche Interventionen, damit dies nicht eintritt.» Zudem müsse die Politik eine Privatisierungswelle verhindern und gewährleisten, dass die Netzinfrastruktur im Besitz der Gemeinden, Kantone oder dem Bund bleibe. «Gemeinden dürfen nicht den Fehler machen und ihre Netzinfrastruktur verkaufen, weil sie nichts mehr damit zu tun haben wollen», erläuterte Wüthrich, «erst recht nicht an ausländische Unternehmen».

### Investitionen nicht gefährden

Der Grosse Rat des Kantons Bern habe etwa gesetzlich festgelegt, dass die Mehrheit des Berner Energiekonzerns BKW im Eigentum des Kantons bleiben muss. Im dritten Punkt verweist das Positionspapier auf die Energiestrategie 2050. Im Rahmen dieser Strategie werden Investitionen in die Energieeffizienz und in erneuerbare Energien getätigt. Die Liberalisierung dürfe diese Investitionen und Ziele nicht gefährden.

Die Strommarktliberalisierung in der Schweiz steht vor der zweiten Etappe. Seit 2009 können Grosskunden mit einem Jahresverbrauch ab 100 000 Kilowattstunden frei entscheiden, wo sie ihren Strom einkaufen wollen. Haushalte und kleinere Unternehmen müssen den Strom dagegen weiterhin von ihrem lokalen Verteilnetzbetreiber beziehen. Dafür zahlen sie in der Regel einen wesentlich höheren Preis. SDA

# Auf der Suche nach neuen Geldern für Palästinenser

Nach Trumps UNRWA-Entscheid analysiert das EDA die Situation

Von Pierre Heumann, Tel Aviv

Nachdem die USA ihre Flüchtlingshilfe für Palästinenser streicht, sucht das UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten nach neuen Geldquellen. Eine Reduktion der Spenden, warnte neulich Pierre Krähenbühl, der Schweizer Chef der palästinensischen UNO-Flüchtlingshilfe, könnte die Stabilität im Mittleren Osten untergraben. Mehrere Länder haben bereits eine Erhöhung ihrer Beiträge in Aussicht gestellt, um das UNO-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge, die UNRWA, am Leben zu erhalten.

Im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ist man noch am Abklären. Man werde «mit anderen Ländern die Auswirkungen auf die Stabilität der Region wie auch Konsequenzen auf die Migration aus der Region analysieren», teilt das EDA auf Anfrage der *Basler Zeitung* mit. Anschliessend werde Bern «seine Schlussfolgerungen ziehen».

### Im «Krisenmodus»

Deutschland, Jordanien und Irland sowie die Europäische Union wollen ihre Unterstützung für die UNRWA aufstocken. Ende September will Jordanien am Rande der UNO-Generalversammlung in New York zudem eine Geberkonferenz einberufen. Weitere Beiträge hatte Krähenbühl zuvor in den Golfstaaten, in Japan, in Kanada, in der Türkei oder in Indien mobilisiert.

Die USA hatten bisher der UNRWA jährlich 300 Millionen Dollar überwiesen. Doch US-Präsident Donald

Trump will nicht nur den Beitrag der USA auf null reduzieren. Er beabsichtigt mittelfristig, das Flüchtlingshilfswerk UNRWA zu schliessen. Dessen Aktivitäten sollen von anderen Hilfswerken oder Staaten übernommen werden. Dazu braucht es freilich die Einwilligung der UNO-Generalversammlung.

Das amerikanische Aussenministerium wolle nicht länger einen überproportionalen Teil der Last schultern, heisst es in Washington. Zudem bezeichnet Trump das Geschäftsmodell der UNRWA als «nicht haltbar.» Trump fordert, dass Zahlungen an die UN-Flüchtlingshilfe an die Bedingung geknüpft werden müsse, dass sich die Organisation verändere und sich neue Ziele setze. Die palästinensische Flüchtlingshilfe, heisst es in einer Mitteilung des US-Aussenministeriums, sei seit Jahren im «Krisenmodus». Das sei auf die endlos und exponentiell wachsende Zahl der anerkannten palästinensischen Flüchtlinge zurückzuführen.

Die UNRWA anerkennt auch nach Jahrzehnten sämtliche Nachkommen der Menschen als Flüchtlinge, die vor 70 Jahren aus dem heutigen Israel geflohen sind. Das waren ursprünglich einige Hunderttausend; heute sind mehr als fünf Millionen Palästinenser beim UNO-Hilfswerk als Flüchtling registriert.

Laut Medienberichten soll Trumps Nahost-Berater, sein Schwiegersohn Jared Kushner, Jordanien und andere arabische Staaten aufgefordert haben, den in ihren Ländern lebenden Palästinensern den Flüchtlingsstatus zu entziehen. Damit würden zahlreiche

UNRWA-Einrichtungen überflüssig. Sie wären der Kontrolle der jeweiligen Länder unterstellt.

Die palästinensische Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen ist seit ihrer Gründung im Jahr 1949 zu einer Mammut-Organisation angewachsen. Sie unterhält rund 150 Spitäler, 700 Schulen und beschäftigt an die 30 000 Palästinenser.

### Unrealistischer Flüchtlingsbegriff

Kritiker werfen der UNRWA vor, einen völlig unrealistischen Flüchtlingsbegriff anzuwenden. Als Flüchtlinge gelten demnach Palästinenser auch dort, wo sie längst integriert sind. Dazu zählen zum Beispiel die zwei Millionen Palästinenser in Jordanien, von denen viele einen jordanischen Pass haben, oder die rund zwei Millionen Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen, die von der palästinensischen Autonomiebehörde respektive von der Hamas registriert werden.

Trump's brisante Neudefinition hatte EDA-Chef Ignazio Cassis bereits im Mai ins Spiel gebracht. Der Aussenminister hatte sich unmissverständlich von einem traditionellen Grundsatz der Nahostpolitik distanziert: das Engagement für die palästinensische Flüchtlingshilfe als zentraler Beitrag zur Lösung des Nahostkonflikts. In einem Interview mit der *Aargauer Zeitung* bezeichnete Cassis das UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge als Hindernis für den Frieden und stellte die rhetorische Frage in den Raum: «Ist die UNRWA Teil der Lösung oder Teil des Problems?»

## Seltene Wortmeldungen

Muslime wenig berücksichtigt

**Bern.** Über Muslime wird hierzulande öfters berichtet. Der Fokus liegt dabei aber vor allem auf Themen wie Radikalisierung und Terrorismus. Zu Wort kommen muslimische Akteure in den Medien selten, wie eine Studie der Kommission gegen Rassismus (EKR) zeigt. Untersucht wurde darin, wie gedruckte Zeitungen und Online-Ausgaben mit der Minderheit der Muslime umgehen.

Die gestern veröffentlichte Studie zeigt Problembereiche auf, die im Zusammenhang mit der starken Zunahme der Berichterstattung stehen, die Distanz gegenüber Muslimen in der Schweiz erzeugen.

Die Vielfalt der Themen, in denen über Muslime berichtet werde, sei hoch. Allerdings zeige sich seit 2015 eine Zunahme der Themen Radikalisierung und Terror (2017: 54 Prozent), insbesondere nach Terroranschlägen. Themen wie gelingende Integration und Alltag sind in der Berichterstattung mit je zwei Prozent marginal.

Die Studie zeigt eine starke Zunahme von Beiträgen, die Distanz gegenüber Muslimen erzeugen: Zwischen 2009 und 2017 stieg deren Anteil von 22 auf 69 Prozent. Dies sei teilweise mit der Konzentration auf die Themen Radikalisierung und Terrorismus erklärbar.

### Nur Objekt der Berichterstattung

Der Autor der Studie, Patrik Ettlinger, betont, dass dies problematisch sei, wenn die Berichterstattung mit Pauschalisierungen verbunden werde. Oft seien Muslime nur Objekt der Berichterstattung: In 55 Prozent wird über sie berichtet, ohne dass sie selber zu Wort kommen. In den Medien vertreten seien zudem meist nur Muslime, die polarisierende Positionen vertreten.

Hohe Resonanz erzielen wenige Exponenten der mittlerweile geschlossenen Winterthurer An-Nur-Moschee und des Islamischen Zentralrats Schweiz (IZRS) einerseits und andererseits Saïda Keller-Messahli, die sich als Kritikerin der muslimischen Dachverbände in der Schweiz etabliert. SDA

## Spionageaffäre beendet

Vize-Chef geht straffrei aus

**Bern.** Das Strafverfahren gegen den stellvertretenden Chef des Schweizer Geheimdienstes (NDB), Paul Zinniker, wird von den deutschen Behörden eingestellt. Ihm war vorgeworfen worden, einen Spion gegen deutsche Steuerfahnder beauftragt zu haben. Der Tatverdacht habe sich im Zuge der Ermittlungen nicht erhärten lassen, bestätigte Frauke Köhler, Sprecherin der Generalbundesanwaltschaft, gestern eine Meldung der *NZZ am Sonntag*. «Das Verfahren wurde daher Mitte Juni 2018 eingestellt.» Weitere Angaben zur Einstellung des Verfahrens machte Köhler nicht.

Zinniker war vorgeworfen worden, 2011 den Privatagenten Daniel Moser mit Spionagetätigkeiten gegen deutsche Steuerfahnder und -behörden beauftragt zu haben. Dies sorgte in Deutschland für grossen Unmut. Moser hatte im Auftrag von Kontaktleuten des NDB eine deutsche Sicherheitsfirma damit beauftragt, einen Maulwurf in der Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalens zu platzieren. Aufgeflogen war Daniel Moser, weil die deutschen Behörden an Verhörprotokolle der Bundesanwaltschaft gelangt waren. Der ehemalige Polizist war im April 2017 in Frankfurt verhaftet worden.

### Die Steuer-CDs

Er soll zwischen 2011 und 2015 auf die Finanzverwaltung in Nordrhein-Westfalen (NRW) angesetzt worden sein und in Zusammenhang mit sogenannten Steuer-CDs persönliche Daten der drei nordrhein-westfälischen Steuerfahnder beschafft haben. Die deutsche Justiz eröffnete ein Verfahren gegen Moser wegen «Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit». Im November 2017 wurde er vom Oberlandesgericht in Frankfurt am Donnerstag zu einer bedingten Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten verurteilt.

Die Spionagetätigkeit stand im Zusammenhang mit sogenannten Steuer-CDs. Im November 2017 wurde er in Deutschland zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten und einer Busse verurteilt. SDA

ANZEIGE



Renault **FAMILY DAYS**  
6.–15. September

Zu allen Modellen:  
**4 GESCHENKTE WINTERRÄDER\***

Besuchen Sie unsere Family Days und erleben Sie, wie bei Renault Gross und Klein glücklich werden.

Ausführliche Informationen zu den genauen Ausstellungsdaten der teilnehmenden Händler finden Sie auf [renault-familyDays.ch](http://renault-familyDays.ch)

**Basel:** Keigel AG Basel, 061 565 11 11 – **Füllinsdorf:** Keigel AG, 061 565 12 20

**Oberwil:** Keigel AG Oberwil, 061 565 12 14 – **Zwingen:** Keigel AG Zwingen, 061 565 12 22

**Ormalingen:** Ernst Buser AG, 061 985 87 87 – **Itingen:** Ritter Automobile AG, 061 971 60 60 – **Basel:** Gotthelf Garage AG, 061 308 90 40 – **Nunningen:** Garage Erich Hänggi, 061 791 09 11 – **Reinach:** Birseck Garage, 061 711 15 45

\*Angebot gültig für Privatkunden bei den an der Aktion beteiligten Renault Händlern bei Vertragsabschluss vom 01.09.2018 bis 30.09.2018. Ein Satz Winterkomplettreder wird beim Kauf eines neuen Renault Personenwagens geschenkt.